



Gesamteuropäisches
Studienwerk e.V.

LÄNDERINFOS

TSCHECHISCHE REPUBLIK / ČESKÁ REPUBLIKA

Dr. Gerhard Schüsselbauer, Gesamteuropäisches Studienwerk e.V., Vlotho

Fläche	78.864 km ² (vergleichbar mit Bayern)
Einwohner	10,6 Mio. (vergleichbar mit Baden-Württemberg)
Hauptstadt	Praha/Prag (1,27 Mio. Einwohner, vergleichbar mit München)
Sprache	Tschechisch
Staatsform	Parlamentarische Republik Zwei-Kammern-System Abgeordnetenhaus (200 Sitze) Senat (81 Sitze)
Staatspräsident	Miloš Zeman <ul style="list-style-type: none">• wiedergewählt im Januar 2018• seit März 2013 im Amt• ernennt den Ministerpräsidenten und oberste Richter• verfügt über ein suspensives Veto bei Gesetzesvorhaben
Ministerpräsident	Andrej Babiš (kommissarisch) <ul style="list-style-type: none">• seit Dezember 2017• Anti-Establishment-Partei ANO• Anführer eine sehr instabilen Minderheitsregierung
Religion	27 % katholisch 2,3 % protestantisch ca. 3,5 % andere christliche Kirchen Die Mehrheit von weit über 60 Prozent ist konfessionslos.
BIP/Einwohner	26.800 € (nach Kaufkraftstandard, Stand 2017) <ul style="list-style-type: none">• zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 36.400 €• Niveau des BIP/Kopf: 89 % des Durchschnitts der EU (28)
BIP-Wachstumsrate	4,6 % (2017) 3,3 % (Prognose 2018)
Wirtschaftssektoren (Anteil der Beschäftigten)	Landwirtschaft (2,6 %) Industrie (37,8 %) Dienstleistung (59,6 %)
Inflationsrate	2,4 % (Ende 2017) 2,1 % (Prognose 2018)
Arbeitslosenquote	3,0 % (2017) 2,7 % (Prognose 2018)

Aus historischen und politischen Erwägungen („**Rückkehr nach Europa**“ und **speziell „Rückkehr in die Mitte Europas**“) genoss der 2004 erfolgte Beitritt der Tschechischen Republik zur EU einen hohen Stellenwert in der tschechischen Außenpolitik. Auch wenn die Tschechische Republik (gegründet 1993 nach der Auflösung der Tschechoslowakei) im völkerrechtlichen Sinne ein sehr junges europäisches Land darstellt, fühlt sie sich dem europäischen Vermächtnis ihrer früheren Staatsgebilde verpflichtet und weist immer wieder auf die Jahrhunderte alte Tradition der multikulturell ausgerichteten tschechischen Gesellschaft in der Mitte Europas hin. Für die Tschechische Republik hat auch die Verbesserung der mitunter nicht immer konfliktfreien Beziehungen zu den Nachbarstaaten, vor allem zu Deutschland und Polen, eine besondere Bedeutung.

Die „8“ in der tschechischen Geschichte

Betrachtet man die sehr wechselvolle tschechische Geschichte, dann ragt die Zahl „8“ heraus. Jahreszahlen mit dieser Ziffer haben sich maßgeblich in das kollektive Geschichtsbewusstsein der Menschen in der Tschechischen Republik eingepreßt.

1348 – Herrschaftszeit des HRR Kaisers Karl IV.

Gründung der Karlsuniversität in Prag

1618 – Prager Fenstersturz und Beginn des Dreißigjährigen Krieges

1648 – Ende des Dreißigjährigen Krieges

1918 – Ende des Ersten Weltkrieges und der Habsburger Monarchie und Entstehung der Tschechoslowakei

1938 – Münchner Abkommen und Beginn der Naziherrschaft in der Tschechoslowakei

1948 – Machtergreifung der Kommunisten

1968 – Blutige Niederschlagung des „Prager Frühlings“

1989 – Samtene Revolution und Ende der kommunistischen Herrschaft

In den Beziehungen zu Deutschland stellen die Diskussionen um die Wirksamkeit der Beneš-Dekrete, die die Enteignung und Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg regelten, eine Belastungsprobe dar. Deutsche Interessengruppen (Vertriebenenverbände) möchten diese Dekrete gänzlich abgeschafft wissen, das tschechische Parlament und der tschechische Staatspräsident halten jedoch an den Dekreten, die im Grunde genommen seit über 70 Jahren keine rechtliche Wirkung mehr entfalten, fest. Im Gegensatz zu den meisten seiner Politikerkollegen spricht der ehemalige tschechische Außenminister Karol Schwarzenberg nicht verharmlosend von „Abschiebung“ der Sudetendeutschen, sondern offen von „Vertreibung“. Die Diskussion um die noch vor wenigen Jahren vom tschechischen Abgeordnetenhaus sowie vom Senat als unverrückbar und unabänderlich eingestuft, jedoch staats- und EU-rechtlich äußerst umstrittenen Dekrete könnte somit in der Tat auf eine neue vertrauensvolle Stufe gehoben werden. Der ehemalige Ministerpräsident Petr Nečas sagte bei seinem offiziellen Besuch vor dem Bayerischen Landtag in München bemerkenswerterweise: „Wir bedauern, dass durch die Vertreibung und zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen nach Kriegsende aus der ehemaligen Tschechoslowakei sowie die Enteignung und Ausbürgerung unzähligen Menschen viel Leid und Unrecht angetan wurde.“

Das politische System seit 1989/1990

Die Tschechische Republik (Tschechien; vormals Tschechoslowakei, nicht „Tschechei“, dieser Begriff ist historisch aus der Zeit des Dritten Reiches belastet) ist schon immer einen eigenen Weg gegangen (z. B. „Prager Frühling“ 1968 – Aufstand gegen die kommunistische Herrschaft). Im November 1989 fand die „Samtene Revolution“ statt, die den Schriftsteller und Regime-Kritiker Václav Havel zum Präsidenten der vom Sozialismus befreiten Tschechoslowakei machte. Seit Ende 1989 hat sich eine politische Demokratie, basierend auf pluralistischen Prinzipien, entwickelt. Tschechien hat einen friedlichen Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem Mehrparteiensystem geschafft. Die Grundlagen des Staates – Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus – sind fest verankert. Auch die Verfassungsorgane arbeiten einigermaßen effizient. Dennoch müssen noch viele Reformen im Sozialbereich, in der staatlichen und besonders in der Justizverwaltung sowie bei der Regionalisierung/Dezentralisierung durchgeführt werden.

Tschechien nach den Parlamentswahlen 2017 – Ende der klassischen Parteienlandschaft und „der Geist des Kapitalismus“

Die Tschechische Republik ähnelte bis vor kurzem durch das Vorhandensein einer konservativ-bürgerlichen und einer halblinken, sozialdemokratischen Richtung sowie einiger kleineren Parteien immerhin in Ansätzen dem westeuropäischen Parteienspektrum. Man kann jedoch in keiner Weise von einer Konsolidierung der Parteienlandschaft sprechen, denn die Parlamentswahlen vom Oktober 2017 verursachten ein wahres Erdbeben im Parteienspektrum. Die „Aktion unzufriedener Bürger“ ANO mit ihrer äußerst umstrittenen und steinreichen Gallionsfigur Andrej Babiš bestimmt nun die Geschicke der tschechischen Politik und beerdigt nicht nur die altgedienten Parteien, sondern auch das klassische Links-Rechts-Schema. Deutlich erkennt man, wie weit sich in Europa und speziell in Ostmitteleuropa die Demokratien von einer Konsolidierung der Parteienlandschaft entfernt haben. Mit einer Anti-Establishment-Programmatik und dem Abgesang auf die bisherigen politischen Eliten gelang es dem Unternehmer und ehemaligen Finanzminister Andrej Babiš aus dem Stand, knapp 30 Prozent der Wählerstimmen zu erringen und die liberal-konservative ODS sowie die Sozialdemokraten weit abgeschlagen hinter sich zu lassen. Nicht weniger als neun Parteien sind nun im tschechischen Abgeordnetenhaus vertreten. Babiš möchte die Regierung und die Ministerien wie ein Unternehmen führen, und er betont dabei, dass er dabei nicht den gesamten Staat meint. Er will „Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Effizienz“ steigern. Wohlklingende Worte einerseits, die sich andererseits mit einer strikten Ablehnung muslimischer Zuwanderung paaren. Damit trifft er den sehr weit verbreiteten Nerv der Bevölkerungsmehrheit in den Visegrád-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn, die Muslime pauschal als Gefahr für das „christliche Abendland“ stigmatisieren und eine Migrationspolitik à la Angela Merkel kategorisch ablehnen. Einen „mittelstarken“ Verbündeten hat Babiš bereits – den österreichischen Politikern Sebastian Kurz. In Fragen Migration schmettert er jegliche Vorwürfe damit ab, dass Tschechien mit der Aufnahme von mehr als 150.000 Ukrainern schon einen solidarischen Beitrag geleistet habe.

Es greift allerdings viel zu kurz, Andrej Babiš als plumpen nationalkonservativen Populisten abzustempeln oder ihn permanent mit Donald Trump oder Silvio Berlusconi zu vergleichen. Vielmehr ist er als sehr zweifelhafter, wenn auch erfolgreicher Unternehmer an einer Generalüberholung der verkrusteten politischen Strukturen in Tschechien interessiert, sieht sich selbst jedoch heftigen Vorwürfen wegen Steuer- und Subventionsbetrugs ausgesetzt. Effiziente Managementpraktiken will er nun in einer geplanten Minderheitsregierung umsetzen. Einen „Czexit“, den Austritt Tschechiens aus der EU, muss jedoch niemand fürchten, auch wenn er die Ineffizienz der EU-Institutionen anprangert und auf Distanz zu den Brüsseler Eliten geht, denn zu gut weiß er um die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung im EU-Binnenmarkt. Seine Intention ist es, Tschechien wieder einen führenden Platz als Industrieland zu verschaffen, so wie die damalige Tschechoslowakei in der Zeit nach dem Untergang der k.u.k. Donaumonarchie und dem Ersten Weltkrieg zu den zehn am besten entwickelten Volkswirtschaften der Welt gehörte, gemessen am BIP pro Kopf der Bevölkerung.

Babiš, dessen Immunität im Januar 2018 aufgehoben wurde, bezeichnet sich selbst als einen „Politiker per Irrtum“, er will das Land aber nicht nur politisch und ökonomisch, sondern auch moralisch völlig umkrepeln. Man braucht keine Glaskugel, um vorherzusehen, dass er damit die Spaltung in der tschechischen Gesellschaft weiter vorantreiben wird. Es wäre sehr überraschend, wenn der gerissene Geschäftsmann und Anti-Politiker Babiš zu einem geläuterten Demokraten, als den er sich immer wieder gern hinstellt, mutieren würde und auf seiner politischen Landkarte Tschechiens die staatstragenden republikanischen Prinzipien der Gewaltenteilung einen gerechten Platz fänden. Zu befürchten ist jedoch auch in der Tschechischen Republik wie in anderen EU-Staaten eine Erosion zugunsten der Exekutive.

Nach der Wiederwahl Zemans zum erneuten Staatspräsidenten im Januar 2018 traten die politischen und gesellschaftlichen Gräben noch offener zutage. Die Spaltung verläuft ähnlich wie in Polen oder auch in den USA entlang der Linie der treuen Befürworter, die eine homogene abgeschottete tschechische Gesellschaft wollen, und den modern eingestellten entschiedenen Gegnern von Zeman und Babiš, die die Offenheit einer liberalen, europäischen Gesellschaft wertschätzen. Miloš Zeman konnte sich im zweiten Wahlgang äußerst knapp gegen den unabhängigen Wissenschaftler Jiří Drahoš durchsetzen und regiert nun als Staatspräsident Tschechiens weitere fünf Jahre auf der

Prager Burg, dem Hradschin / Hradčany. Zeman vermochte es dabei insbesondere, die Ängste und Befürchtungen der älteren, weniger gebildeten Bevölkerung vor Überfremdung zu schüren und gnadenlos die populistische Trumpfkarte in der Flüchtlingspolitik auszuspielen. Nun müssen sich in Tschechien die zivilgesellschaftlichen Kräfte und der Widerstand der Bevölkerung als stand- und wehrhaft erweisen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Tschechiens ist eines der höchsten der neuen EU-Staaten aus dem östlichen Mitteleuropa, den ehemaligen postsozialistischen Transformationsländern. Die Volkswirtschaft zeichnet sich durch ein kontinuierliches Wachstum bei gemäßigter Inflation aus. Tschechien hat beim BIP pro Einwohner bereits fast 90 % des Durchschnitts der EU (28-1) erreicht und will bis 2022 zum EU-Durchschnitt aufschließen. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt ist mittlerweile höher als beispielsweise das Niveau Griechenlands oder Portugals. Auch bei sozioökonomischen Indikatoren, wie der Säuglingssterblichkeit, dem Bildungsniveau oder dem Alphabetisierungsgrad, schneidet Tschechien im internationalen Vergleich entwickelter Länder gut ab. Im Ranking des Human Development Indexes HDI der Vereinten Nationen belegt die Tschechische Republik Platz 28 knapp hinter dem Vereinigten Königreich und vor Griechenland oder Ungarn.

Ein konkretes Datum für die Euro-Einführung taucht in den Regierungserklärungen der letzten Jahre und Monate nicht auf. Diese wäre frühestens 2022 möglich, wird jedoch von der Regierung eher hinausgeschoben. Der Notenbankpräsident spricht offen von einem Euro-Beitrittsdatum nach Überwindung der Euro-Staatsschuldenkrise im Zeitraum nach 2025. Die nach wie vor dramatische Verschuldungskrise mancher Euro-Länder (fälschlicherweise als „Euro-Krise“ bezeichnet!), legt die einleuchtende These nahe, dass ein Euro-Beitrittsland sehr sorgfältig auf den Beitritt zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion EWWU vorbereitet sein muss! Gerade eine stabilitätsorientierte Fiskal- und Geldpolitik ist die entscheidende Voraussetzung für die Einführung der Gemeinschaftswährung.

Die tatsächliche staatliche Gesamtverschuldung betrug im Jahr 2008 noch 28,7 % des BIP. Damit lag Tschechien noch weit unter dem Maastrichter Konvergenzkriterium von 60 %. Mittlerweile ist der Gesamtschuldenstand der öffentlichen Hand allerdings deutlich auf 35 % des BIP angewachsen. Auch wenn es sich um eine nach wie vor sehr moderate Gesamtverschuldung handelt, ist hierbei problematisch, dass der Staat immer noch in ineffizienter Weise sehr viel für die öffentliche Verwaltung ausgibt und für die Konsolidierung einiger Banken Finanzmittel bereithalten muss. Darüber hinaus leistet der tschechische Staat aufgrund einer Übereinkunft mit den Kirchen eine Entschädigung für vormals im Kommunismus verstaatlichte Kirchenbesitztümer.

Aufgrund der stabilitätsorientierten Geldpolitik der tschechischen Notenbank konnte die Inflationsrate, die 2012 trotz Wirtschaftskrise noch bei 3,5 % lag, im Vergleich dazu im Jahr 2017 auf knapp über 2 % gesenkt werden. Auch der Wechselkurs der Tschechischen Krone zum Euro bleibt seit langer Zeit relativ stabil, sodass für Unternehmer, Exporteure/Importeure und Investoren, aber auch Touristen Planungssicherheit und Glaubwürdigkeit der tschechischen Währung herrschen.

Der Privatsektor hat sich nach der harten Phase der ökonomischen Systemtransformation fest etabliert und erbringt den größten Teil der tschechischen Wirtschaftsleistung. Privateigentum ist inzwischen die am weitesten verbreitete Form von Eigentum. Die Mechanismen des Markteintritts bzw. -austritts funktionieren, müssen jedoch verbessert werden, um die ökonomischen Anpassungsprozesse effizienter zu machen. Die tschechischen Unternehmen sind im Vergleich zu früheren Jahren wettbewerbsfähiger geworden, was auch auf die Hilfe durch den enormen Zustrom von Kapital durch ausländische Direktinvestitionen zurückzuführen ist. Ein Beispiel ist der Erwerb des tschechischen Automobilherstellers Škoda durch den Volkswagen-Konzern. Die Registrierung von neu gegründeten Unternehmen und betrieblichen Veränderungen ist weiterhin aufgrund bürokratischer Hürden unnötig langwierig. Auch die

Bankenprivatisierung wurde bereits in den 2000er Jahren weitgehend abgeschlossen. Die Rechtsangleichung an die EU ist im Justizbereich nahezu abgeschlossen.

In außenwirtschaftlicher Hinsicht kann festgestellt werden, dass Tschechiens Außenhandel seit dem EU-Beitrittsjahr 2004 bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2008, die auch das Exportland Tschechien hart traf, kräftig anstieg. Die tschechischen Ausfuhren nahmen in den letzten Jahren kräftig zu, während die Einfuhren moderater anstiegen. Tschechien erwirtschaftete damit weiterhin einen deutlichen Handelsbilanzüberschuss. Unter den Handelspartnern der Tschechischen Republik steht Deutschland weiterhin mit einem Anteil von ca. 31 % der tschechischen Exporte und 28 % der tschechischen Importe mit deutlichem Abstand an erster Stelle. Der bilaterale Handel hat sich bis 2016 mit deutschen Einfuhren von 47,6 Mrd. Euro und deutschen Ausfuhren von 34,2 Mrd. Euro auf sehr hohem Niveau stabilisiert, bei einem deutlichen Handelsbilanzüberschuss zugunsten Tschechiens. Die Tschechische Republik, die 2016 knapp 78 % ihres Außenhandels mit der EU abwickelte, liegt unter den mittel- und osteuropäischen Handelspartnern Deutschlands hinter Russland und Polen auf Platz drei und weltweit betrachtet an zwölfter Stelle. Tschechien strebt eine stärkere geographische Diversifizierung seiner Exporte durch Zuwächse auch auf Märkten außerhalb der EU (China, Indien, Schwellenländer etc.) an. Als Standort mit langer Industrietradition bleibt die Tschechische Republik für ausländische Investoren attraktiv. Der Zufluss an ausländischen und vor allem deutschen Direktinvestitionen ist ungebrochen. Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen sorgen heute für über 50 % der tschechischen Industrieproduktion, über ein Drittel der Industriebeschäftigung und ca. 70 % der tschechischen Exporte. Vor allem im Maschinen- und Fahrzeugbau sowie der Automobilzuliefererindustrie hat sich die tschechische Wirtschaft langfristig Spezialisierungsvorteile gesichert.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise durchaus günstig. Im Jahr 2008 lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote sogar bei unter 5 % und damit deutlich unter den Werten großer europäischer Volkswirtschaften. Die EU-weite Rezession machte auch vor Tschechien nicht halt, auch wenn das Land von der Krise weniger hart betroffen ist als bspw. Spanien, Griechenland, Italien oder auch Ungarn. Ab 2009 trat hingegen eine deutliche Schrumpfung der Volkswirtschaft auch aufgrund der zurückgegangenen Exporte ein. Die mit dem konjunkturellen Abschwung zwischenzeitlich auf fast 10 % angestiegene Arbeitslosenquote betrug 2017 nur noch sehr moderate 3 %. Dies ist neben der stabilen Entwicklung des BIP-Wachstums auch auf günstige Arbeitsmarktpolitiken sowie im geringen Umfang auch auf Abwanderungen ins EU-Ausland, bspw. nach Deutschland, zurückzuführen.

Mehr und mehr sind Teile der tschechischen Wirtschaftssektoren von ungelernten ausländischen Arbeitskräften abhängig, besonders aus Polen, der Slowakei und vor allem aus der Ukraine (hier vor allem im Bausektor, Handwerk und in der Landwirtschaft). Gleichwohl herrscht in Tschechien eine starke regionale Differenzierung hinsichtlich der Arbeitslosigkeit. Während in den „Boom-Regionen“ um Praha/Prag und Brno/Brünn Knappheitslöhne gezahlt werden und eine sehr niedrige Arbeitslosenquote herrscht, sind bspw. Nordböhmen oder Ostmähren von strukturellen Verwerfungen mit hoher Arbeitslosigkeit von deutlich über 10 % der Erwerbspersonen gebeutelt. Eine nennenswerte Auswanderungswelle hat anders als im Nachbarland Polen oder auch in Rumänien nicht stattgefunden, zumal auch die Motivation zur Binnenmigration in Tschechien begrenzt ist.

Erhebliche Infrastrukturmaßnahmen mit entsprechenden finanziellen Kosten waren insbesondere nach den beiden Hochwasserkatastrophen 2002 zur Modernisierung des Eisenbahnwesens, der Energieversorgung und dem Ausbau des Straßennetzes notwendig. So besteht beispielsweise ein großer Teil des Eisenbahnnetzes aus einspurigen Verbindungen; nur auf einem kleinen Teil der Gesamtstrecke kann mit einer Geschwindigkeit von über 120 km/h gefahren werden. Der Umweltzustand in Tschechien ist in vielen Bereichen noch immer erschreckend schlecht, so dass hohe Folgekosten auf die tschechische Volkswirtschaft zukommen werden (Waldsterben, Luftverschmutzung). Es besteht trotz beträchtlicher Investitionen vor allem in die Verbesserung der Luft- und Wasserqualität noch immer erheblicher Nachholbedarf. Hier wurden in den

Verhandlungen mit der EU lange Übergangsfristen zur Umsetzung der harten Umweltstandards vereinbart. Allerdings beobachtet man inzwischen auch in Tschechien sowohl einen (umstrittenen) Boom bei Biogasanlagen sowie in der Installation von Photovoltaiktechnologien.

Tschechien ist abhängig von einer weiteren realwirtschaftlichen Integration in den europäischen Kernraum. Das Land wollte seit Beginn der Systemtransformation vor weit über zwanzig Jahren nicht die ausufernden sozialen Sicherungssysteme vieler „alter“ EU-Länder übernehmen, da es seinen komparativen Vorteil (Kostenvorteil im Vergleich zu anderen EU-Ländern) in den relativ kostengünstigen, gut ausgebildeten Arbeitskräften sieht. Durch die hohen Lohnnebenkosten (Kranken- und Rentenversicherung) würden die Lohnstückkosten allerdings steigen und die Produktion in Tschechien daher weniger attraktiv werden. Deutlich wird, dass Tschechien langfristig kein Billiglohnland ist, sondern eher technologie- und humankapitalintensive Zukunftsindustrien forcieren muss. Gerade durch den ungebrochenen Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen, insbesondere aus Deutschland, findet eine Produktivitätssteigerung statt. Vor allem im intraindustriellen Handel und der industriellen Produktion von Halbfertig- und Fertigerzeugnissen (Fahrzeugtechnik, Maschinenbau etc.) zeigt sich das enorme Potenzial Tschechiens, das immerhin schon in den 1930er Jahren zu den am besten entwickelten Volkswirtschaften weltweit gehörte.

Kultur

Film (Miloš Forman – „Amadeus“, „Hair“, „Einer flog über das Kuckucksnest“; Jiří Menzel), Musik (Bedřich Smetana, Antonín Dvořák) und Literatur (Václav Havel, Milan Kundera, Pavel Kohout, Ivan Klíma, Bohumil Hrabal) spielen für die Tschech*innen mit ihrer typisch ironisch-humorvollen, für Deutsche manchmal etwas eigenwillig und spröde wirkenden Art, eine immens wichtige Rolle. Vor einigen Jahren konnte in Deutschland die „Tschechische Bibliothek“ mit der Herausgabe des 33. Bandes abgeschlossen werden. Damit wurde zweifelsohne ein wichtiger Beitrag zur Steigerung des Bekanntheitsgrades unseres mitteleuropäischen Nachbarlandes geleistet. Sprachwitz, literarische Vielfaltigkeit, tschechischer Humor und Experimentelles, aber auch eine düster-tragische Komponente kennzeichnen die Literatur unseres östlichen Nachbarn. Von Jaroslav Hašeks *Urschwejk* über Josef Jedlička, Jan Čep, Bohumil Hrabal, Milada Součková und Božena Němcová reicht die Liste dieser bislang einzigartigen Bibliothek bis Karel Čapek, einem der wichtigsten tschechischen Schriftsteller und Philosophen des 20. Jahrhunderts, sowie Jan Neruda. Und natürlich darf der berühmte Pädagoge und Dichter Johann Amos Comenius in dieser Aufzählung nicht fehlen.

POLITIK UND WIRTSCHAFT – KURZ GEFASST

- Nach dem EU-Beitritt 2004 Rückkehr Tschechiens und Prags ins kulturelle und historische „Herz Europas“ – „Rückkehr nach Mitteleuropa“
- Kulturell sehr vielfältiges Land in Mitteleuropa! Tschechisches, deutsches und jüdisches Kulturerbe
- Politische Polarisierung und Lagerbildung bei mangelhafter Konsolidierung der Parteienlandschaft stark ausgeprägt
- Der geschäftsführende Ministerpräsident Andrej Babiš (seit Dezember 2017 im Amt) führt eine sehr fragile Minderheitsregierung und steht unter dem Druck des „allmächtigen“, teilweise gar despotisch regierenden Staatspräsidenten Miloš Zeman
- Verschärfte sozialpolitische Auseinandersetzungen wegen breiter gesellschaftlicher Unzufriedenheit hinsichtlich dringend anstehender Reformen
- Ab 2014 Überwindung der Wirtschaftskrise bei nunmehr sehr moderater Arbeitslosigkeit, Erfolg der Integration von Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt; Arbeitslosenquote liegt bei unter 4 %, niedriger als in Deutschland
- Ausgeprägte realwirtschaftliche Integration in den europäischen Kernraum, nach Überwindung der Wirtschaftskrise wieder hohe reale Wachstumsraten des BIP und des Handelsvolumens, hohe Produktivität der Industrie, vor allem in der Automobilindustrie
- Hohes Spezialisierungs- und Produktivitätspotenzial in der verarbeitenden Industrie und im intraindustriellen Handel
- Starke regionale Differenzierung, verstärkt durch Agglomerations- und Sogwirkung der Hauptstadt Praha; große ökonomische Entwicklungsdefizite in Nordböhmen und in weiten Teilen von Mähren (Ostteil des Landes)
- Weiterhin bestehende soziale Ausgrenzung der ethnischen Gruppe der Roma
- Kategorische Ablehnung des Zuzugs von Flüchtlingen bzw. Asylbewerbern aus nicht-europäischen, vorwiegend vom Islam geprägten Ländern, ähnlich wie in anderen ostmitteleuropäischen Staaten (Polen, Slowakei, Ungarn)

Stand: Februar 2018